

Ressort: Auto/Motor

Bericht: Mautprellern droht auch Fahrverbot

Berlin, 25.11.2014, 10:01 Uhr

GDN - Mautpreller müssen unter Umständen auch mit einem Fahrverbot rechnen, wenn sie erwischt werden. Das geht der "Saarbrücker Zeitung" (Dienstag) zufolge aus einem noch nicht beachteten Detail im Gesetzentwurf zur Pkw-Maut von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hervor.

Demnach können die Kontrolleure ausländischen Autofahrern die Weiterfahrt untersagen, wenn sie die "Infrastrukturabgabe" nicht bezahlt haben. Das ist der Zeitung zufolge dann möglich, wenn "die Abgabe trotz Aufforderung am Ort der Kontrolle nicht entrichtet wird". Außerdem müssten die Kontrolleure Zweifel haben, dass die Maut später bezahlt wird. Zweifel seien laut Entwurf unter anderem dann angebracht, wenn der Fahrer sich weigere, Dokumente auszuhändigen oder Auskünfte zu erteilen. Bislang sei lediglich bekannt gewesen, dass Mautpreller mit einem Bußgeld von bis zu 260 Euro rechnen müssen, wenn sie erwischt werden. Die Strafzahlung soll auch bei Pkw-Haltern im Ausland eingetrieben werden. Außerdem wird dann der Preis für eine Jahresmaut von maximal 130 Euro fällig. Der Gesetzentwurf zur Pkw-Maut befindet sich derzeit noch in der Ressortabstimmung. Er soll am 17. Dezember ins Kabinett.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-45217/bericht-mautprellern-droht-auch-fahrverbot.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619